

«Vasellas Kehrtwende kommt zu spät»

Die Millionenentschädigung

von Novartis-Präsident Vasella hätte gar nie kommuniziert werden dürfen, sagen Experten. Auch die gestrige Verzichtserklärung wird massiv kritisiert.

VON ROMAN SCHENKEL

BERN Gegen den Druck der Öffentlichkeit gibt es keine Impfung. Er hat schon viele Manager und Politiker in die Knie gezwungen – den ehemaligen Nationalbank-Präsidenten Philipp Hildebrand, den Stadtzuger Finanzdirektor Ivo Romer und den ehemaligen ABB-Chef Percy Barnevik, um drei Beispiele zu nennen. Nun hat es auch Daniel Vasella erwischt, von dem man eigentlich gemeint hatte, er sei gegen Kritik von aussen immun. Der höchstbezahlte Manager der Schweizer Wirtschaftsgeschichte hat in der Vergangenheit sein Millionensalär stets mit Vehemenz verteidigt. Gestern Morgen aber gab Novartis bekannt, dass Vasella und der Verwaltungsrat sich entschieden hätten, das Konkurrenzverbot und die damit verbundene Entschädigung von bis zu 72 Millionen Franken «aufzuheben».

Tagelang im Trommelfeuer

Das Bekanntwerden dieser – laut Vasella – «marktüblichen Vergütung» am vergangenen Freitag hat die Schweizer Volksseele zum Kochen gebracht. Das Trommelfeuer, dem Vasella und Novartis in den letzten Tagen ausgesetzt waren, hat nun Wirkung gezeigt. «Ich habe verstanden, dass in der Schweiz viele den Betrag für die Einhaltung des Konkurrenzverbots als unverhältnismässig hoch empfinden, trotz der Tatsache, dass ich meine Absicht bekannt gab, den Nettobetrag für wohltätige Aktivitäten zur Verfügung zu stellen», wird Daniel Vasella in der Mitteilung zitiert. Der Verwaltungsrat betont, dass er zwar an den Wert eines



Vasella verzichtet auf die Millionenentschädigung, die Kritik reisst gleichwohl nicht ab.

Bild Key

Konkurrenzverbots glaube. Dennoch trage man mit der Entscheidung, die Vereinbarung aufzuheben, den Bedenken der Aktionäre und weiteren Anspruchsgruppen Rechnung.

«Gar nicht kommunizierbar»

Für den Kommunikationsberater Roland Binz war dieser Schritt «unabwendbar». «Der Entscheid kommt aber viel zu spät», sagt Binz. Dem Unternehmen und Vasella hätte es von Anfang an klar sein müssen, welche empörende Wirkung diese Neuigkeit haben würde. Eigentlich sei die Abgangentschädigung für Vasella «gar nicht kommunizierbar». «Insbesondere in der aktuellen politischen Situation rund um die Abzocker-Initiative», sagt Binz. Man hätte deshalb zwingend darauf verzichten müssen.

Kein gutes Haar lässt der Kommunikationsexperte an der Strategie von

Vasella: «Zuerst herrschte die totale Intransparenz, danach folgte die übliche Salamiaktik.» Am Anfang wollte Vasella den Betrag spenden, nun folgt der Verzicht. «Dieses hässchenweise Zurückkrebsen schadet der Glaubwürdigkeit enorm», sagt Binz.

Novartis will Ruf schützen

Binz ist überzeugt, dass die Auflösung des Vertrages ein «knallhartes wirtschaftliches Kalkül» war. Novartis als Unternehmen versuche, nach dem Entrüstungsturm seine Reputation zu schützen. Der Verwaltungsrat habe eingesehen, dass der Schaden viel höher sei als der Nutzen, welcher der Firma das Konkurrenzverbot für Vasella einbringen würde. «Vasella musste deshalb im Interesse des Konzerns auf die 72 Millionen Franken verzichten», sagt Binz. Trotz des Verzichts sei der Reputationsschaden aber

enorm. «Vasella und Novartis werden an der Generalversammlung vom kommenden Freitag massiv Kritik einstecken müssen.» Und auch in den kommenden Wochen rund um die Abzocker-Initiative dürfte Vasella weiterhin am Pranger stehen. «Die Volksseele wird sich so rasch nicht abkühlen», sagt Binz, «insbesondere weil der Verzicht ohne jeden Hauch von Selbstkritik kommuniziert wurde.»

Und was bedeutet der Richtungswechsel von Vasella und Novartis für die Abzocker-Initiative, über die am 3. März abgestimmt wird? Der Zürcher Politgeograf Michael Hermann geht nicht davon aus, dass dies den Gegnern der Initiative etwas nützen wird: «Viele unentschlossene Wähler haben ihre Meinung nach dem Schlüsselereignis vom letzten Freitag gemacht», sagt Hermann gegenüber «Cash». Die negative Wirkung sei zu stark gewesen.

Journal

TV-Zuschauerzahlen: Neues Messsystem wird überprüft

ZÜRICH Die Umstellung auf ein neues Messsystem für TV-Zuschauerzahlen und ähnliche Daten hat sich für die Mediapulse AG als Debakel entpuppt. Die Kunden zweifeln die für sie zentralen Zahlen an. Nun analysieren Experten die Art und Weise der Messungen von Grund auf. Das bisherige, auf analoges Fernsehen ausgerichtete Messsystem musste mit einem zeitgemässen neuen System ersetzt werden. Es berücksichtigt auch zeitversetztes Fernsehen und TV-Konsum via Internet. Anfang Jahr erfolgte die Umstellung. Verwendet wird nun ein Messsystem, das bereits «in 50 000 Haushalten in 30 Ländern» verwendet wird, wie Mediapulse-Verwaltungsratspräsident Marco de Stoppani gestern vor den Medien sagte. In der Schweiz seien 2100 Haushalte angeschlossen.

Nazidokumente sind seit dem Jahr 1985 bekannt

BERN Als bisher unveröffentlicht deklarierte Dokumente aus dem Zweiten Weltkrieg haben Ende Januar in der Schweiz für Aufsehen gesorgt. Laut dem Historiker Sacha Zala sind sie jedoch bereits seit 1985 bekannt. Die Nachrichtenagentur SDA hatte am 27. Januar einen Bericht der «Tagesschau» des Schweizer Fernsehens mit der Aussage übernommen, die offizielle Schweiz habe bereits 1942 von den Naziverbrechen an Juden gewusst. Das Fernsehen zitierte dabei «bisher unveröffentlichte Dokumente». Laut Zala seien die fraglichen Dokumente seit 1973 im Schweizerischen Bundesarchiv frei zugänglich.

Bund regelt die Details zu den Asylzentren

Der Bund will Kantonen mit Bundeszentren jährlich 110 000 Franken pro 100 Asylsuchende zahlen. Für die Aufnahme von renitenten Asylsuchenden gibt es den doppelten Betrag.

BERN Das Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) hat gestern eine Anhörung zu diesen Vorschlägen und weiteren Verordnungsänderungen eröffnet. Das Parlament hatte im Herbst dringliche Änderungen des Asylgesetzes verabschiedet, die unter anderem eine Testphase für neue Verfahrensabläufe in Bundeszentren vorsehen.

Diese Testphase ist auf zwei Jahre befristet und dauert längstens bis zum 28. September 2015. Die Pauschale, welche die Kantone zur Entschädigung der Sicherheitskosten erhalten sollen, entspricht laut dem EJPD den voraussichtlichen Kosten.

Der Betrag wird pro 100 Plätze entrichtet. Der Kanton Zürich, der 500 Asylsuchende in einem Testzentrum unterbringen will, würde also pro Jahr rund 550 000 Franken erhalten. Bei der Zuteilung von Asylsuchenden will der Bund den Standortkantone ausserdem die Plätze an ihr Kontingent anrechnen. Berbergt ein Kanton 100 Personen in einem Bundeszentrum, muss er 100 Personen weniger aufnehmen.

Die Asylsuchenden selbst sollen nach dem Zufallsprinzip zugeteilt werden. Asylsuchenden, die einem Zentrum

des Bundes zugeteilt werden, sollen weder Vor- noch Nachteile entstehen.

Zu den rascheren Verfahren und kürzeren Beschwerdefristen gehört, dass die Asylsuchenden Anspruch auf eine unentgeltliche Rechtsberatung und -vertretung haben. Das EJPD spricht von einer flankierenden Massnahme. Gemäss der Verordnung richtet der Bund den Rechtsberatern und -vertretern pauschale Entschädigungen aus.

In den Bundeszentren sind auch Beschäftigungsprogramme vorgesehen, an welche der Bund Beiträge ausrichten kann. Sie sollen eine Tagesstruktur schaffen und das Zusammenleben erleichtern. Die Asylsuchenden würden für die Teilnahme eine «Motivationsentschädigung» erhalten.

Beschleunigtes Verfahren

Detailliert geregelt ist die Dauer der einzelnen Phasen. Nach der Zuweisung in ein Bundeszentrum beginnt die Vorbereitungsphase. Sie dauert im Dublin-Verfahren höchstens 10 Tage, in den übrigen Verfahren höchstens 21 Tage. In dieser Phase erhebt das Bundesamt für Migration (BFM) die Personalien, überprüft die Identitätspapiere und trifft Abklärungen. Anschliessend wird das beschleunigte Verfahren eingeleitet. Dieses dauert acht bis zehn Arbeitstage.

Geregelt werden auch die Einzelheiten zu den Zentren für renitente Asylsuchende. Der Aufenthalt in einem solchen Zentrum darf maximal 140 Tage dauern. Ob ein Asylsuchender einem solchen Zentrum zugewiesen wird, entscheidet das BFM. (sda)

Patrouille Suisse künftig ohne Kreuz

BERN Die Schweizer Luftwaffe wird auch weiterhin eine Kunstflugstaffel haben, allerdings keine in Rot-Weiss. Die Reaktionen auf das mögliche Aus für die Patrouille Suisse hätten ihn überrascht, sagte Verteidigungsminister Ueli Maurer gestern in der «Südostschweiz» und der «Nordwestschweiz». «Es ist ja schon seit Monaten klar, dass mit der Ausmusterung der Tiger F-5 die Patrouille Suisse in ihrer heutigen Form nicht mehr bestehen wird.»

Würden die Tiger F-5 behalten, hätte die Luftwaffe nach dem geplanten Kauf der schwedischen Gripen drei Flotten: die F/A-18, die Gripen und die Tiger. Dies würde laut Maurer gegenüber heute 30 Millionen Franken zusätzlich kosten. «Das können wir uns nicht leisten.»

Künftig nur noch 55 Kampffjets

Eine Kunstflugformation wird die Schweizer Luftwaffe laut Maurer aber weiterhin haben. Allerdings könnten die Flugzeuge nicht mehr mit dem Schweizer Kreuz bemalt werden. Künftig habe die Schweiz nur noch 55 Kampffjets, sagte Maurer. «Davon können wir unmöglich zehn Stück bemalen lassen.» Ob die Patrouille Suisse künftig mit dem Gripen oder mit dem F/A-18 fliegen wird, ist noch offen, wie Maurer sagte.

In der vergangenen Woche hatte Maurer in der nationalrätlichen Sicherheitskommission bekannt gegeben, dass die renommierte und im Volk beliebte Patrouille Suisse 2016 möglicherweise zum letzten Mal aufsteigen werde. (sda)

Hochrheinbahn

Kein Schweizer Geld für Ausbau auf deutschem Boden

BERN/SCHAFFHAUSEN Der Streit um Fluglärm und Steuerflüchtlinge wirkt sich jetzt auch auf die Verkehrspolitik aus. Die Verkehrskommission des Nationalrats hat es abgelehnt, Mittel für die Elektrifizierung der deutschen Hochrheinbahn zu sprechen. Der Schaffhauser SVP-Nationalrat Thomas Hurter ist mit einem entsprechenden Antrag mit 9 gegen 12 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, gescheitert. Laut Hurter fand die Kommissionsmehrheit ein Entgegenkommen an Deutschland zum jetzigen Zeitpunkt falsch. Die Zusammenarbeit mit der Schweiz habe sich markant verschlechtert. In dieser Situation könne man das Umrüsten der Strecke auf deutschem Boden «nicht offensiv angehen». Die Kommission habe jedoch den Wunsch der Region nach einer Qualitätsverbesserung des Angebots auf der Linie Schaffhausen–Basel anerkannt.

Das Land Baden-Württemberg wird die Eisenbahnstrecke am Hochrhein 2016 neu ausschreiben. Die SBB würden die Linie gerne von der Deutschen Bahn übernehmen, die bei den Bahnkunden beidseits der Grenze als unzuverlässig gilt. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass der Betrieb von Diesel auf Strom umgestellt wird. Die Kosten für die neuen Fahrleistungen belaufen sich auf gegen 200 Millionen Franken. Sie sollen von Deutschland und der Schweiz je hälftig getragen werden.

Die deutsche Seite ist gefragt

Thomas Hurter wollte für den Schweizer Beitrag Restmittel aus dem vom Volk 1998 genehmigten FinöV-Kredit zur Finanzierung von Infrastrukturvorhaben des öffentlichen Verkehrs lockermachen. Seitens des Bundesamtes für Verkehr heisst es nun aber, es gebe gar keine Kreditreste mehr. Die Frage soll bis zur Sommersession des Nationalrats geklärt werden. Dann wird Hurter seinen Antrag als Vertreter der Minderheit der Verkehrskommission erneut einbringen. Allzu grosse Hoffnungen macht er sich aber nicht: Bleibe das politische Klima zwischen Deutschland und der Schweiz verkrampft, werde er auch im Nationalratsplenum keine Mehrheit finden, sagt er.

Nach Ansicht von Hurter kann jetzt fast nur noch die deutsche Seite Abhilfe schaffen. Sie müsse signalisieren, dass ihr die Aufwertung der Hochrheinbahn wichtig sei, und die dafür nötigen Gelder zur Verfügung stellen. Druck erwartet der Schaffhauser SVP-Nationalrat aber auch von den Regierungen der beteiligten Kantone. Sonst werde die Linie zwischen Schaffhausen und Basel auf Jahre hinaus weiterhin stiefmütterlich betrieben werden.

Insgesamt will die Verkehrskommission des Nationalrats ebenso wie der Ständerat bis 2025 6,4 Milliarden Franken in den Ausbau des Bahnverkehrs in der Schweiz stecken. Dazu soll ab 2018 die Mehrwertsteuer befristet um 1 Promille erhöht werden. (la)

Zu hohe Posttarife im Visier

BERN Die Post kommt erneut von Seiten des Preisüberwachers unter Druck. Wegen der hohen Postgewinne drängt Stefan Meierhans auf tiefere Tarife bei der Brief- und Paketpost. Nachdem Verhandlungen mit der Post gescheitert sind, eröffnet Meierhans ein Verfahren. Er erwarte, dass die Post die Wirtschaft und die Konsumenten von ihrer positiven Gewinnsituation über Preissenkungen profitieren lasse, teilte der Preisüberwacher am Dienstag mit. Bei der Post stiess diese Forderung jedoch auf taube Ohren. Weil eine einvernehmliche Lösung scheiterte, kommt es nun zu einem formellen Verfahren. Unter die Lupe nimmt Meierhans verschiedene Tarife für Brief- und Postsendungen. (sda)